



„Neustart Tirol“ - Natur und Klima gemeinsam schützen

Anlässlich der Verhandlungen über die künftige Landesregierung hat der WWF einen Aktionsplan für eine Reform der Tiroler Natur- und Klimaschutzpolitik erarbeitet. Die vorgeschlagenen 25 Maßnahmen sollten im Regierungsprogramm festgeschrieben werden.

Der massive Verlust der biologischen Vielfalt und die akute Klimakrise sind die größten Probleme für die Zukunft der Menschheit. Es handelt sich [laut wissenschaftlichen Studien](#) um Zwillingskrisen, die von der Übernutzung, dem Naturverlust und der Ausbeutung unserer Erde befeuert werden. Daher müssen alle Gegenmaßnahmen einen integrierten Ansatz verfolgen. Das zeigt auch der jüngste Weltklimabericht: Demnach müssen wir die Ökosysteme weltweit besser schützen, zerstörte Natur besser sanieren, wertvolle Ressourcen sparsamer einsetzen und die Erneuerbaren Energieträger mit dem größten Potenzial an den richtigen Standorten naturverträglich ausbauen. Falsch wäre es hingegen, lediglich den Bau neuer Wasserkraftwerke zu verfolgen, während beim zentralen Thema Energiesparen viel zu wenig passiert, weiterhin fossile Gasheizungen installiert werden dürfen und sogar wertvolle Kohlenstoffspeicher wie Moore rücksichtslos verbaut werden.

Angesichts dessen ist die künftige Tiroler Landesregierung gefordert, rasche Maßnahmen für den Schutz von Natur und Klima zu beschließen. Überzogene Großprojekte, intransparente Entscheidungen und politische Defizite haben dazu geführt, dass wertvolle Lebensräume verschwendet, verbaut und zerschnitten wurden. Daher schlägt der WWF insgesamt 25 Zukunftsprojekte für eine Trendwende vor. Diese Maßnahmen würden das heimische Naturerbe sichern, die Artenvielfalt bewahren und den Klimaschutz vorantreiben, um die gemeinsamen Lebensgrundlagen in Tirol zu schützen.

Strukturelle Maßnahmen

- Alpenkonvention ambitioniert umsetzen:** Das Land Tirol sollte als Sitz des Ständigen Sekretariats ein Vorbild in der Anwendung und Förderung der Konvention und ihrer Rechtsakte sein. Dies gilt vor allem bei der Vollziehung der rechtlich verbindlichen Protokolle im Natur- und Bodenschutz und umfasst den Erhalt aller Moorgebiete und intakten Gewässer. Zudem hat sich das Land Tirol im Tourismus-Protokoll zu einem umweltverträglichen Tourismus verpflichtet. Das umfasst unter anderem die Ausweisung von Ruhezonen, in denen Tirol auf touristische Erschließungen verzichtet.
- Naturschutz-Fonds wiederherstellen:** Das Beschneiden des einzigen Tiroler Finanzierungsinstrumentes für den Naturschutz sollte korrigiert werden. Der Fonds sollte ausreichend dotiert und langfristig ausgerichtet sein.
- Skigebiets-Neuerschließungen stoppen, Ausbaugrenzen fixieren:** Tirol ist die am dichtesten mit Skigebieten verbaute Region der Welt. Der Konkurrenz- und Wachstumskampf bedroht Natur- und Erholungsräume. Dennoch gibt es keine wirksamen Erschließungsgrenzen. Daher sollte die Landesregierung skitechnische Erschließungen in noch unerschlossenen Landschaftsräumen grundsätzlich ausschließen. Dazu sind vor allem die vielen Ausnahmen für Erweiterungen und Zusammenschlüsse in den Seilbahn- und Skigebietsgrundsätzen zu streichen. Die Weiterentwicklung des Angebots sollte sich auf eine bessere Qualität innerhalb der festgelegten Räume beschränken.
- Gletscherschutz ohne Ausnahmen schaffen:** Wiederherstellung des rechtlichen Status vor dem Jahr 2005 durch Rücknahme der Ausnahmen im Gletscherschutz.

5. **Eigenständiges starkes Naturschutz-Ressort schaffen:** Die Kompetenzverteilung von Naturschutz und Wasserwirtschaft hat zur Zersplitterung der Zuständigkeiten und der behördlichen Vollziehung von Verfahren geführt. Daher braucht Tirol wieder ein starkes Naturschutz-Ressort in der Landesregierung. Zusätzlich sollte das Land **Biodiversität als Querschnittsthema verankern und strategisch in alle Bereiche integrieren**, darunter auch Raumordnung, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Tourismus.
6. **Finanzierung von Umweltzerstörung stoppen.** Die Landesregierung muss alle umwelt- und biodiversitätsschädlichen Subventionen im eigenen Wirkungsbereich erheben und abbauen bzw. reformieren. Zudem sollte sich Tirol beim Bund für die Abschaffung des Relikts „Diesel-Privileg“ einsetzen. Das würde nicht nur dem Klima, sondern auch der transitgeplagten Bevölkerung vor Ort helfen.
7. **Aufsichtsräte von Landesunternehmen entpolitisieren:** Der Rechnungshof erachtet es in einem Bericht ([Reihe TIROL 2021 / 2](#)) als kritisch, dass in fast einem Viertel der direkten Beteiligungen Tirols Mitglieder der Landesregierung oder Abgeordnete zum Landtag als Aufsichtsorgane bestellt sind. Der Rechnungshof warnt vor Interessenskonflikten und sieht vor allem beim TIWAG-Konzern ein großes Spannungsfeld „zwischen den von der Regierungspolitik geschaffenen Rahmenbedingungen - zum Beispiel Naturschutzrecht, Wasserrecht, Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung - und der Abhängigkeit des Unternehmens von der fristgemäßen Erteilung der erforderlichen Genehmigungen“. Auch bei Landtagsabgeordneten mit Aufsichtsratsstätigkeiten kommt es laut RH „zu einer Vermischung von Funktionen der Legislative (parlamentarische Kontrolle) mit der operativen Umsetzung von Regierungsvorhaben“. **Daher sollten in Zukunft keine Politikerinnen und Politiker mehr in Aufsichtsräten von Landesunternehmen vertreten sein, sondern ausgewiesene Fachleute ohne Interessenskonflikte, wie es die Fachliteratur empfiehlt.** Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfiehlt in ihren Leitsätzen zur Corporate Governance in staatseigenen Unternehmen, dass Regierungsmitglieder nicht Mitglieder des Aufsichtsrats sein sollten, weil dies Zweifel an der unbefangenen Ausübung der Tätigkeit aufwerfe. Falls Landesbedienstete mit Funktionen im Aufsichtsrat betraut werden, ist auf Interessen- und Rollenkonflikte zu achten bzw. sind diese durch Maßnahmen zur personellen und organisatorischen Funktionstrennung zu vermeiden.
8. **Professionelles Management für große Beutegreifer umsetzen:** Die natürliche Rückkehr großer Beutegreifer (insbesondere Wolf, Bär und Luchs) in den Alpenraum erfordert ein naturschutzfachlich korrektes Vorgehen, das europäisches Recht einhält. Zentral dafür ist eine Herdenschutz-Offensive inklusive ausreichender Förderungen für die Landwirtschaft. Ebenfalls notwendig ist ein Zentrum für die Ausbildung von Hirtinnen und Hirten sowie für die Zucht von Herdenschutzhunden. Zur Finanzierung und Ergänzung der nationalen Mittel sollte Tirol unbedingt die bestehenden Fördertöpfe der Europäischen Union abrufen.
9. **Faire Verfahren und Öffentlichkeitsbeteiligung sichern:** Keine Naturzerstörung, solange die damit verbundenen Rechtsfragen nicht geklärt sind. Umsetzung der von Österreich völkerrechtlich zugesagten und EU-rechtlich verpflichtenden Beteiligungs- und Kontrollrechte in allen Umweltverfahren (Stichwort Aarhus-Konvention) sowie von artenschutzrechtlichen Entscheidungen, die die Öffentlichkeit nicht ausschließen (keine Aberkennung von aufschiebenden Wirkungen bei Beschwerden).
10. **Die Landesregierung sollte politische Weisungen zulasten der Natur beenden.** Unrühmliche Beispiele sind das politisch durchgeboxte Kraftwerk Lesachbach oder das intransparente Vorgehen rund um die Genehmigung des Kraftwerks Tumpen-Habichen.

Tiroler Natur schützen

- 1. Bodenverbrauch einbremsen:** Der Tiroler Bodenverbrauch ist viel zu hoch: Im Schnitt der Jahre 2018 bis 2020 sind in Tirol jeden Tag umgerechnet 80.000 Quadratmeter (0,8 Hektar) Naturfläche verbraucht worden. Pro Jahr entspricht das rund drei Quadratkilometern (2,9). **Daher sollte die Landesregierung ein Bodenschutz-Programm umsetzen, das wertvolle Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten langfristig schützt, fruchtbare Äcker erhält, intakte Wälder und ihre Funktion als CO₂-Senke bewahrt sowie Lebens- und Erholungsräume für die Bevölkerung sichert.** Allein schon aufgrund seiner alpinen Topographie (nur rund zwölf Prozent der Landesfläche gelten als Dauersiedlungsraum) braucht Tirol eine klimagerecht ausgerichtete Raumordnung, die Zersiedelung vermeidet und sparsam mit Boden umgeht. **Besonders geschützt werden müssen die letzten alpinen Freiräume, die frei von großtechnischer Infrastruktur sind – die „Seele der Alpen“.**
- 2. Neue Schutzgebiete einrichten, Management verbessern:** In Tirol gibt es eine alpenweit einzigartige Fauna, Flora und Landschaft. Daher sollte das Schutzgebiets-Netzwerk verbessert und ausgebaut werden. Großes Potenzial hat Tirol vor allem bei hochrangigen Schutzgebieten. Dennoch existiert in Nordtirol kein Nationalpark und kein Wildnisgebiet im Sinne der Weltnaturschutzunion (IUCN). Daher sollten unabhängige Fachleute unter Einbindung des Tiroler Naturschutzbeirates geeignete Gebiete erarbeiten und damit auch die aktuellen Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union erfüllen. Rasch verbessern muss die Politik auch die finanziellen und inhaltlichen Ressourcen für bestehende Schutzgebiete, damit diese umfassend betreut werden können und ihre Erhaltungsziele erreichen.
- 3. Tiroler Gewässer schützen und sanieren:** Das Netzwerk der Tiroler Bäche und Flüsse hat eine Länge von rund 4.000 Kilometern. Nur mehr 30 Prozent davon - darunter vor allem kleine, abgelegene Gebirgsbäche - gelten als intakt. Deshalb muss die Politik die letzten intakten, frei fließenden Flüsse umfassend schützen und die vielen stark belasteten Strecken ökologisch sanieren. In diesem Sinne muss sich die Landesregierung zur Umsetzung der europäischen Verpflichtungen bekennen und vor allem die Vorgaben der Wasser-Rahmenrichtlinie der Europäischen Union erfüllen. Besonders wichtig sind:
 - Dauerhafte Unterschutzstellung der Tabu-Strecken des gesamten Inn-Gebietes und der freien Fließstrecke des Inns von Imst bis Kirchbichl (ohne Ablaufdatum) im Naturschutzgesetz, zum Beispiel als Naturschutzgebiet.
 - Rechtlicher Schutz der im [WWF-Gewässerschutzplan \(GSPI\)](#) vorgeschlagenen Tabustrecken im Einzugsgebiet des Tiroler Unterinntals im Zuge wasserwirtschaftlicher Planungen und als Schutzgebiete nach dem Tiroler Naturschutzgesetz.
 - Aufnahme der Flussheiligtümer Venter und Gurgler Ache in die Liste der Tabustrecken des TIWAG-Wasserwirtschaftlichen Rahmenplanes Oberer Inn.
 - Schutz des gesamten Isel-Flussgebiets samt Zubringern nach dem Vorbild Lech als Natura 2000 und Naturschutzgebiet.
 - Ökologischen Hochwasserschutz umsetzen: Die Landesregierung sollte große Renaturierungsprojekte am Inn und an anderen Gewässern starten. Diese Maßnahmen erhöhen nicht nur die Artenvielfalt und die Anpassung an die Klimakrise, sondern sind auch ein natürlicher Schutz vor Hochwässern und schaffen neue Erholungsräume für die Menschen.
 - Maßnahmen zur Schwallensanierung für Inn und Ziller auf Basis der aktuellen Forschung und der von TIWAG und VERBUND rasch zu erstellenden Machbarkeitsstudien. Das schnelle, drastische Steigen und Sinken des Wasserspiegels verursacht den massenhaften Tod von Jungfischen und Fischlarven und verstößt laut [Rechtsgutachten](#) gegen das Tierschutzgesetz.

4. **Überzogene Wasserkraft-Ausbaupläne stoppen:** Tirol hat die Wasserkraft in den vergangenen Jahrzehnten extrem ausgebaut. Mit insgesamt 960 Kraftwerken ist das naturverträgliche Potenzial längst erschöpft. Dennoch werden immer noch neue Kraftwerke in ökologisch sehr sensiblen Gewässerabschnitten geplant. Viele Projekte ignorieren den akkordierten Kriterienkatalog Wasserkraft. Darin nicht empfohlene Kraftwerke sollten daher in Zukunft tatsächlich abgelehnt werden. **Jedenfalls unverzüglich zu stoppen ist das Ausbau-Kraftwerk Kaunertal, damit nicht noch weitere Millionen in die Planung eines völlig überholten Projekts fließen.** Den vom Projekt betroffenen Gletscherflüssen Venter und Gurgler Ache sollen laut den Planungen bis zu 80 Prozent des Wassers entzogen werden. Das hätte ökologisch katastrophale Folgen für die beiden Flüsse sowie das Ötztal, das schon jetzt zu den niederschlagsärmsten Tälern Tirols gehört. Das Platzertal, ein nahezu unberührtes Hochtal mit über sechs Hektar an wertvollen Moorflächen, würde hinter einem 120 Meter hohen Staudamm geflutet werden. Auch die Schwallbelastung am Inn würde erhöht, anstatt saniert, wie es die EU-Wasserrahmenrichtlinie vorschreibt. Insgesamt beträfe das Megaprojekt 20 Gemeinden – sei es durch jahrelange Großbaustellen oder durch den dauerhaften Entzug des Wassers, das gerade in der Klimakrise dringend für die Bevölkerung und die Landwirtschaft benötigt wird.
5. **Schutz der Ruhegebiete wiederherstellen:** Im Zuge der Ausbaupläne für die großen TIWAG-Kraftwerke (vor allem Kühtai und Kaunertal) hat die Politik den Schutz von Ruhegebieten geschwächt. Die entsprechenden Bestimmungen im Naturschutzgesetz ermöglichen sogar noch weitere Aufweichungen zu Lasten der Tiroler Natur und müssen daher rasch gestrichen werden.
6. **Moore schützen statt verbauen:** Intakte Moore sind Klimaschützer und Schatzkammern der Artenvielfalt. Dennoch erlauben Politik und Behörden regelmäßig weitere Eingriffe auf Basis fragwürdiger Ausnahmegenehmigungen. Einseitige wirtschaftliche Interessen hebeln immer wieder den strengen Schutz der Alpenkonvention aus. 90 Prozent der ursprünglichen Moorfläche Österreichs sind bereits zerstört. Von den wenigen verbliebenen Moorgebieten haben rund zwei Drittel gestörte Wasserhaushalte. Daher sollte sich die Landesregierung zum absoluten Schutz der verbliebenen alpinen Moore und Feuchtgebiete bekennen und die dafür notwendigen gesetzlichen Reformen beschließen. Darüber hinaus müssen Moore oberhalb der Baumgrenze rasch kartiert werden, bevor sie für immer verloren gehen.
7. **Tourismusförderungen natur- und klimaverträglich ausrichten.** Kontraproduktive Subventionen, die sowohl den Naturschutz als auch eine nachhaltige Tourismuswende konterkarieren, müssen eingestellt werden. Öffentliche Mittel sollten klimafreundliche Anreizsysteme schaffen sowie naturverträgliche Tourismuskonzepte unterstützen. Dazu gehören insbesondere: die Förderung von Ganzjahrestourismus und schnee-unabhängigen bzw. natur- und kulturbasierten Angeboten, klimaneutrale Mobilitätskonzepte, die Erhöhung der Energieeffizienz von Tourismusbetrieben und deren Versorgung mit (im besten Fall selbst erzeugten) erneuerbaren Energien, fokussierte Beratungsangebote, der Ausbau eines vielseitigen öffentlichen Verkehrsangebots und die Verbesserung des (überregionalen) Radwegenetzes.
8. **Künstliche Beschneidung limitieren:** Die künstliche Beschneidung wird allein schon durch die Folgen der Klimakrise immer aufwändiger. Das belastet Flüsse, Bäche und den lokalen Wasserhaushalt, verschärft Nutzungskonflikte und Naturzerstörung. Folgende Leitlinien sollten daher die Produktion auf ein verträgliches Maß begrenzen: Keine Verschlechterung von Fließgewässern und keine Zerstörung von Feuchtlebensräumen für den Bau und Betrieb von Beschneidungsanlagen; Ausbaustopp für skitechnische Erweiterungen, die neue Kapazitäten erfordern und über den Ersatz hinausgehen; Erweiterter Öko-Check inklusive klimatischer Risiken und des gesamten Ressourcenverbrauchs für die erwartete Betriebsdauer – durchgeführt von unabhängiger wissenschaftlicher Seite, nicht nur vom Betreiber selbst. Vorrang für prioritäre Wassernutzungen: In der Abwägung ist der Trinkwasserversorgung, dem Gewässerschutz, der nachhaltigen Landwirtschaft und der Energieerzeugung Vorrang vor künstlicher Beschneidung zu geben.

3. Klima- und Energiepolitik naturverträglich ausrichten

Trotz des extremen Ausbaus der Wasserkraft sind die Treibhausgasemissionen in Tirol seit 1990 um 15 Prozent gestiegen. Der Energieverbrauch ist sogar um 36 Prozent explodiert. Das zeigt die Notwendigkeit eines umfassenden Wandels. **Für eine echte Energiewende braucht Tirol ambitionierte Energiespar-Ziele und muss aus allen fossilen Energieträgern aussteigen. Die mit Abstand größten Erneuerbaren-Potenziale liegen im Ausbau der Photovoltaik.** Den Rahmen für alle Programme sollte das bundesweite Ziel der Klimaneutralität 2040 bieten, das Tirol in seinen Strategien bisher nicht abgebildet hat.

1. **Energiesparprogramm „Tirol 2040“ umsetzen:** Der sparsame und effiziente Einsatz von Energie ist laut zahlreichen Studien der Königsweg für das Erreichen der Klimaneutralität bis 2040. Schlecht gedämmte Häuser, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren oder veraltete Anlagen in der Industrie verschwenden mehr Energie als sie nutzen. Das sabotiert nicht nur Klimaschutz-Anstrengungen, sondern erhöht auch die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgas-Importen aus Krisen- und Konfliktregionen. Deshalb ist das Sparen von wertvoller Energie bzw. das Senken des viel zu hohen Verbrauchs die wichtigste Antwort auf die Folgen der Energiekrise. **Daher sollte die Landesregierung ein Energiespar-Programm von historischer Dimension beschließen. Parallel dazu muss auch der TIWAG-Konzern eigene Energiespar-Programme bei seinen Kundinnen und Kunden umsetzen bzw. ansonsten von der Politik dazu verpflichtet werden.** Zudem sollte das Land seine (Förder-)Angebote für Sanierungen, Energieberatungen und Audits für Haushalte wie Betriebe ausbauen.
2. **Rascher Ausstieg aus Öl- und Gas:** Die Landesregierung muss den TIWAG-Konzern und seine Tochtergesellschaften damit beauftragen, unverzüglich einen klimagerechten Ausstiegsplan aus Öl- und Gasheizungen vorzulegen. Parallel dazu braucht es einen langfristig ausgerichtetem Rechtsrahmen für die Wirtschaft, treffsichere Förderungen für Betriebe und Haushalte sowie eine Fachkräfte-Offensive für eine naturverträgliche Energiewende. Zugleich muss die Politik in Abstimmung mit der Bundesregierung den Einbau neuer Gasheizungen verhindern bzw. den weiteren Ausbau des Gasnetzes stoppen. Denn bisher dürfen in Tirol immer noch neue Gasheizungen beworben und eingebaut werden, obwohl dieser Irrweg die Abhängigkeit von importiertem Erdgas unnötig verlängert.
3. **Tiroler Energiestrategie reformieren:** Das Dokument zur so genannten „Energieautonomie“ ist zu wenig ambitioniert und setzt falsche Prioritäten. Es verlässt sich zu stark auf die bereits extrem ausgebaute Wasserkraft und vernachlässigt Klimaschutz-Maßnahmen mit weit mehr Potenzial. Daher sollte die Politik eine klimagerechte Reform umsetzen, in die unabhängige Fachleute aus der Klima- und Biodiversitätswissenschaft eingebunden werden. Der Fokus muss auf dem Energiesparen (Effizienz und Redundanz), der Mobilitätswende, der Wärmewende, dem Sichern von natürlichen CO₂-Speichern (Stichworte Moor-Strategie und Waldschutz) und dem Ausbau der Photovoltaik liegen, weil Tirol dort die größten Potenziale hat. Die Umsetzung dieses Programms erhöht die Versorgungssicherheit, löst milliardenschwere Investitionen aus und schafft mehr Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Tirol.
4. **Photovoltaik-Offensive starten:** Tirol zählt derzeit zu den Schlusslichtern beim Ausbau der Photovoltaik. Der WWF unterstützt den naturverträglichen Ausbau der Photovoltaik und hat die Rahmenbedingungen dafür in einem [Positionspapier](#) skizziert. Demnach sollte die Politik sicherstellen, dass vorrangig bereits verbaute und versiegelte Flächen (Dächer, Fassaden, Parkplätze, Lagerflächen, Deponien etc.) für die Solarwende genutzt werden. Die Planung und Errichtung von Freiflächen-Anlagen sollte in abgestimmten Eignungszonen und unter Einhaltung von Naturschutz-Kriterien erfolgen.
5. **Windkraft ermöglichen:** Tirol sollte seine Windkraft-Potenziale effizient erschließen und entlang von strengen Naturverträglichkeitskriterien in ausgewiesenen Eignungszonen ausbauen.

6. **Öffentlichen Verkehr und Rad-Infrastruktur ausbauen:** Der Verkehr ist österreichweit weiter von den Klimazielen entfernt als jeder andere Sektor und daher stark von importiertem Erdöl abhängig. Neben dem Bund müssen daher auch die Länder und Gemeinden ihr Mobilitätssystem entlang des Prinzips „vermeiden - verlagern - verbessern“ umgestalten und die dazu passenden Sofort-Maßnahmen umsetzen. Dazu zählen auch niedrigere Tempolimits auf Landes-, Gemeinde- und Bundesstraßen, um den Diesel- und Benzinverbrauch rasch zu reduzieren. Absolute Priorität hat der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und einer sicheren Rad-Infrastruktur im städtischen und ländlichen Raum. Im Gegensatz dazu müssen neue Schnellstraßen-Projekte eingestellt werden, weil sie nicht nur klimaschädlich, bodenfressend und teuer sind, sondern auch die überfällige Mobilitätswende verzögern. Rein auf den Ausbau der Elektromobilität zu setzen und keine Strukturen zu ändern, greift ebenfalls zu kurz.
7. Besonders wichtig für Tirol ist eine grundlegende **Mobilitätswende im Tourismus**. Gerade in besonders verkehrsbelasteten Regionen muss die Politik den tourismus-induzierten KFZ-Verkehr durch öffentliche Angebote und politische Maßnahmen drastisch reduzieren, bevor eine weitere Entwicklung von Kapazitäten überhaupt erwägt wird. Hauptziel muss es sein, den Anteil der Urlauber*innen, die klimafreundlich an- und abreisen sowie klimafreundlich vor Ort unterwegs sind, massiv zu erhöhen. Dazu sind neben besseren Angeboten deutlich mehr regionale Kooperationen und ganzheitliche Mobilitätskonzepte notwendig, die öffentliche Verkehrsmittel priorisieren und besser takten.

Innsbruck, Oktober 2022